

05.07.2023

## PRESSEMITTEILUNG

### **Kaum Bewegung bei Verbesserung von Arbeitsbedingungen**

*Dialogprozess ‚Gute Arbeit in der Wissenschaft‘ bleibt deutlich  
hinter den Erwartungen zurück*

#### **Potsdam**

Die Gewerkschaften GEW und ver.di, die Mittelbauinitiative ‚Frist ist Frust‘ Brandenburg, die Personalvertretungen der akademischen Beschäftigten und die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten (LaKoG) ziehen Bilanz nach drei Jahren Dialogprozess und stellen fest, dass die im Dialogprozess behandelten Problemfelder zu oft ungelöst bleiben. Der Auftrag des Landtagsbeschlusses "Gute Arbeit an den Hochschulen vorantreiben" vom 25. Februar 2020 wird nur bedingt erfüllt.

„Fragen zur Ausgestaltung der Lehrverpflichtung, um die Betreuung der Studierenden und die wissenschaftliche Arbeit des Personals besser zu vereinbaren wurden zwar in Ansätzen diskutiert, Anpassungen der Lehrverpflichtungsverordnung jedoch kategorisch abgelehnt,“ meint Dr. Fred Albrecht (GEW). Nicht anders verhält es sich bei den Qualifizierungsbedingungen des befristeten Personals. So kritisiert Dr. Aileen Behrendt (Frist ist Frust), dass eine Erhöhung des Anteils der Qualifizierungszeit auf mind. 50% der Arbeitszeit im Hochschulgesetz weiter auf sich warten lässt, obwohl damit eine zügige Qualifizierung erfolgen könnte – ein klarer Wettbewerbsnachteil im Vergleich zu anderen Bundesländern. Und dabei ist die wissenschaftliche Qualifizierung eine grundlegende Aufgabe der Hochschule und erlaubt den Arbeitgebern erst eine Befristung von Arbeitsverträgen.

In vielen Punkten wird die Verantwortung für die Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen zurück an die Hochschulen gespielt. Dort sollen die Themen diskutiert und Lösungen gefunden werden. Die Tatsache aber, dass diese Debatten weiterhin ohne verpflichtende Beteiligung der Interessenvertretungen (Personalräte, Beauftragte für Gleichstellung und Behinderung) geführt werden können, lässt Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Dialogprozesses aufkommen. Hat doch nicht zuletzt gerade die Regelungslücke zur weiteren Ausgestaltung partizipativer Prozesse innerhalb der Hochschulautonomie zum Dialogprozess selbst geführt. Geschlossen wird diese trotz aller positiver Erfahrungen im Dialogprozess nicht. Susanne Gnädig, Sprecherin der akademischen Personalräte der Universitäten im Dialogprozess, hält kritisch fest: „An den Sonderregelungen im Brandenburgischen Personalvertretungsgesetz, das akademische Personalräte in der Ausübung ihrer

Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte massiv behindert, will das Land weiterhin festhalten. Die Ermöglichung genereller Schutzrechte für alle akademischen Beschäftigten scheinen im Kontext „Guter Arbeit“ demnach für das Land nicht von Bedeutung.“

Wenigstens einen Kodex ‚Gute Arbeit‘ mit verbindlichen Vereinbarungen meint man, würde der Dialogprozess als Ergebnis hervorbringen. Zwar nennt der Abschlussbericht eine Reihe von Empfehlungen zum Thema ‚Gute Arbeit‘, die Grundlage für die Verhandlungen zu den Hochschulverträgen sein sollen. Einem vom Landtag geforderten Kodex ‚Gute Arbeit‘ stehen Wissenschaftsministerium und Hochschulleitungen jedoch ablehnend gegenüber. Eine diesbezügliche Regelung im neuen Hochschulgesetz ist wohl nicht zu erwarten. Zu dem Vorschlag, wenigstens ein gesondertes Kapitel ‚Gute Arbeit‘ in die Hochschulverträge aufzunehmen, hat sich das MWFK bisher nicht geäußert.

Der Dialogprozess, der einen intensiven Austausch über die Arbeitsbedingungen an den Brandenburger Hochschulen zwischen Ministerium, Hochschulleitungen und verschiedenen Interessenvertretungen ermöglichte, geht nun zu Ende. Für Gewerkschaften, Berufsverbände und Interessenvertretungen lag die besondere Qualität darin, dass auf direktem Wege das Gespräch mit dem Ministerium ermöglicht wurde und sich damit ein Kommunikationskanal öffnete, der im Allgemeinen nur den Hochschulleitungen vorbehalten ist. Die Hoffnung ist groß, dass zumindest daran festgehalten wird.

Die Stellungnahme der Gewerkschaften GEW und ver.di, der Mittelbauinitiative ‚Frist ist Frust‘ Brandenburg, der Personalvertretungen der akademischen Beschäftigten und der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten (LaKoG) wird der Wissenschaftsministerin, Frau Dr. Manja Schüle, vor Beginn der Abschlussveranstaltung übergeben.

Ort: Alter Markt vor dem Potsdam Museum

Zeit: 10. Juli 2023, 10.00 - 10.30 Uhr

Begleitet wird die Übergabe durch eine **Aktion vor dem Potsdam Museum**, zu der auch Abgeordnete der Landtagsfraktionen eingeladen sind.

Kontakt:

LFG Hochschule und Forschung der GEW Brandenburg, [huf@gew-brandenburg.de](mailto:huf@gew-brandenburg.de)